Stand: 09.09.2026 21:33:14

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/30351

"Echte Verbesserungen statt PR-Nebelkerzen: Lösung der Kita-Krise konsequent angehen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/30351 vom 18.07.2023
2. Beschluss des Plenums 18/30398 vom 20.07.2023
3. Plenarprotokoll Nr. 152 vom 20.07.2023

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 18.07.2023 **Drucksache** 18/**30351**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Echte Verbesserungen statt PR-Nebelkerzen: Lösung der Kita-Krise konsequent angehen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Lösung der bayerischen Kita-Krise endlich konsequent in Angriff zu nehmen, indem die Handlungsempfehlungen des Bündnisses für frühkindliche Bildung zielstrebig angegangen werden. Auf weitere PR-wirksame Kita-Gipfel soll verzichtet und stattdessen sollen folgende Maßnahmen umgehend umgesetzt werden:

1. 100-prozentige Verwendung der Bundesmittel aus dem Kita-Qualitätsgesetz für Maßnahmen zur Steigerung der pädagogischen Qualität
2. Schließung der Finanzierungslücke in der gesetzlichen Betriebskostenförderung
3. Grundlegende Verbesserung der Arbeitsbedingungen für das Kita-Personal, z. B. durch Entlastung durch Hauswirtschafts- und Verwaltungskräfte, Refinanzierung von Zeitkontingenten für mittelbare pädagogische Tätigkeiten, Verbesserung des Anstellungsschlüssels, Stärkung der Leitungen
4. Verbesserung der Bedingungen für Ausbildung, insbesondere Reform für eine praxisnahe Kinderpflege-Ausbildung mit Vergütung ab dem ersten Tag und Refinanzierung der Praxisanleitung in den Kitas
5. Verbesserung der Attraktivität des Quereinstiegs durch kostenfreie Weiterqualifizierung zur Fach-, Ergänzungs- und Assistenzkraft
6. Entbürokratisierung bei der Anerkennung von ausländischen Qualifikationen und Ausbau von Anpassungs- und Einstiegskursen
7. Stärkung der Kindertagespflege durch den Ausbau der Fachberatung und Vernetzung sowie die Erhöhung von Qualifizierung und Vergütung

Begründung:

Die frühkindliche Bildung in Bayern ist am Limit! Seit Jahren werden die nötigen Investitionen in bessere Arbeitsbedingungen für das Personal in Kitas und Kindertagespflege und damit in die pädagogische Qualität von der Staatsregierung verschlafen. Die aktuellen Rahmenbedingungen führen inzwischen zu einer pädagogischen Arbeit an der Belastungsgrenze, vielerorts zur Schließung von Gruppen und einer Verkürzung der Öffnungszeiten. Betroffen sind vor allem die verbliebenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kitas und Kindertagespflege, die mehr Arbeitsbelastung schultern müssen, und die Eltern, die Schwierigkeiten bekommen Familie und Beruf zu vereinbaren. Viele Kinder können unter diesen Bedingungen nur noch betreut statt gebildet werden, wenn überhaupt ein Platz für sie frei ist.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Akuter Fachkräftemangel und unattraktive Rahmenbedingungen sind die beiden großen Herausforderungen, vor denen die frühkindliche Bildung in Bayern steht. Das hat auch das vom Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales ins Leben gerufene Bündnis für frühkindliche Bildung bestätigt und umfassende Handlungsempfehlungen vorgelegt, um die Situation in den Kitas mittel- und langfristig zu verbessern. Die relevanteste Empfehlung ist die Schließung der Finanzierungslücke, um die grundlegenden Arbeitsbedingungen für das Personal zu verbessern und die Ausbildung attraktiver zu machen. Nur so können die verbliebenen Kita-Mitarbeiterinnen und -mitarbeiter gehalten und neue Personen dazugewonnen werden. Darüber hinaus hat die Arbeit des Bündnisses vor allem eines deutlich gemacht: Es mangelt nicht an einer Identifizierung der Problemlagen, sondern es hapert an der Umsetzung!

Die Politik der Staatsregierung setzt nicht an den grundlegenden Stellschrauben an, sondern arbeitet vor allem mit PR-wirksamen Veröffentlichungen. Von einer „bahnbrechenden Chance“ sprach Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales Ulrike Scharf, als sie vergangenen Sommer mit der Experimentierklausel größere Gruppen und weniger Fachkräfte ermöglichte und damit de facto massive Einbußen bei der pädagogischen Qualität in Kauf nahm. Nun kurz vor Landtagswahl werden nach einem spontanen Kita-Gipfel 50 000 neue Kita-Plätze und eine Verdoppelung der Assistenzkräfte in Aussicht gestellt. Gleichzeitig läuft die Antragsfrist für Fördermittel für ebenjene Assistenzkräfte nur vier Wochen – für zahlreiche Träger mit Blick auf die derzeitige Arbeitsbelastung ein nicht zu schaffender Zeitraum. Und auch bei der Verwendung der Bundesmittel aus dem Kita-Qualitätsgesetz (insgesamt 530 Mio. Euro) bleibt die Regierung unter Ministerpräsident Dr. Markus Söder bei ihrem bisherigen – offensichtlich fehlgeleiteten – Kurs: Allein 220 Mio. Euro, also mehr als 40 Prozent dieser Bundesmittel will die Staatsregierung laut Vertragsentwurf erneut für einkommensunabhängige Beitragszuschüsse verwenden. Um diese Beitragsentlastung finanzieren zu können, sollen darüber hinaus gute 511 Mio. Euro aus Landesmitteln hinzukommen. Viel Geld, das für bessere Arbeitsbedingungen, gut ausgestattete Kitas und die frühe Bildung unserer Kinder fehlt.

Die Ausstattung unserer Kitas und der Kindertagespflege ist kein „nice to have“. Hier wird der Grundstein für die Bildungslaufbahn und die Zukunftschancen unserer Kinder gelegt. Unsere Kinder haben ein Recht auf gute Bildung von Anfang an, unsere Familien brauchen Planungssicherheit und eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf, unsere Gesellschaft braucht die Arbeitskräfte – heute und in Zukunft. Dafür müssen wir jetzt handeln!

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 20.07.2023 **Drucksache** 18/**30398**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 18/**30351**

Echte Verbesserungen statt PR-Nebelkerzen: Lösung der Kita-Krise konsequent angehen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold
Abg. Doris Rauscher
Abg. Johannes Becher
Abg. Matthias Enghuber
Abg. Julika Sandt
Abg. Jan Schiffers
Abg. Susann Enders
Staatsministerin Ulrike Scharf
Abg. Florian von Brunn

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe nun zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Margit Wild u. a. und Fraktion (SPD)
Mehr Geld für gute Kitas und gute Ganztagsbetreuung (Drs. 18/30349)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Echte Verbesserungen statt PR-Nebelkerzen: Lösung der Kita-Krise konsequent angehen! (Drs. 18/30351)

(Unruhe)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache, bitte um etwas mehr Ruhe im Plenum und erteile der Kollegin Doris Rauscher für die SPD-Fraktion das Wort. Bitte, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Doris Rauscher (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Frau Ministerin! Ich glaube, so gut wie alle haben mein besonderes Engagement in der Kindertagesbetreuung in den letzten zehn Jahren erleben können. Wer mich und meine politische Arbeit kennt, der kann sich vorstellen, dass es für mich natürlich besonders schön ist, am letzten Plenartag in dieser Legislaturperiode über genau dieses für mich und die ganze SPD-Landtagsfraktion zentrale Thema zu sprechen.

(Beifall bei der SPD)

Hier geht es heute um mehr Geld für gute Kindertages- und Ganztagsbetreuung. Die Kita, die ganze Frühpädagogik hat mich vor vielen Jahren im Grunde politisiert. Für mich war es eine große Freude, dieses Thema quasi auf der Seite der Legislative hier mitzugestalten; ich stelle aber auch seit vielen Jahren fest, wie dick diese Bretter in diesem wichtigen und äußerst sensiblen Themenfeld sind. Wir kämpfen als Fraktion

seit vielen Jahren, fast Woche für Woche, für bessere Bedingungen in diesem Bereich.

Natürlich ist Geld am Ende nicht alles. Geld kann nicht alle Probleme lösen. Aber es ein wichtiger Bereich; denn ohne eine ausreichende Finanzierung geht halt auch nichts. Die Infrastruktur in der Ganztagsbetreuung ist am Ende womöglich gefährdet, und das zeichnet sich im Moment auch ab. Deshalb geben wir der Staatsregierung eine Aufgabe in die Sommerpause mit, die sie aus unserer Sicht wunderbar erfüllen könnte. In diesem Antrag geht es darum, die Finanzierung der Kitas mittels des Basiswerts zu erhöhen, in der Mittagsbetreuung und im offenen Ganztag ausreichend zu stützen und – das ist Punkt drei – ein Sonderinvestitionsprogramm für den Ausbau auf den Weg zu bringen.

(Beifall der Abgeordneten Florian von Brunn (SPD), Dr. Simone Strohmayr (SPD) und Ruth Waldmann (SPD))

Die Probleme sind groß. Wie gesagt: Die Finanzierung ist eine durchaus wichtige Stellschraube.

Ich fange mal mit den laufenden Finanzierungen an. Die Unterstützung der Kommunen und der Träger mit Förderungen – man kann das sehen – ging die letzten Jahre stetig nach unten. Zum Ausbau gibt es eine aktuelle Studie des Bundesfamilienministeriums. Sie lautet "Kindertagesbetreuung Kompakt" und zeigt, dass Bayern einen besonders hohen Ausbaubedarf in der Ganztagsbetreuung aufweist. 59 % der Eltern im Freistaat brauchen einen Betreuungsplatz, aber nur 36 % haben einen Platz. Um einer möglichen Kritik vonseiten der Staatsregierung gleich vorzugreifen, sage ich: Dies bezieht sich auf die Kriterien des Rechtsanspruchs, und der, wie wir alle wissen, wird 2026 kommen.

Die reine Mittagsbetreuung tut das im Moment in ihrer Form eben nicht. Die Betreuungen in den Rand- und Ferienzeiten fehlen. Auch bei den Kindern unter drei Jahren gibt es eine große Lücke zwischen dem Bedarf und der tatsächlichen Betreuungsquote.

30 % der Eltern haben einen Betreuungsplatz, während insgesamt 42,5 % einen benötigen würden. Fast 12 % der Eltern warten somit also auf einen Platz, obwohl die Kinder bereits einen Rechtsanspruch haben. Wir müssen also auch beim Ausbau den Turbo zünden. Hierfür brauchen wir Geld über ein Sonderinvestitionsprogramm. Ich habe mir das auch noch mal über eine AzP – für die Zuhörerinnen und Zuhörer: Das ist eine Anfrage zum Plenum – bestätigen lassen: Die Staatsregierung sagt, sie steuert quasi über solche Instrumente wie ein Sonderinvestitionsprogramm. Dann tun Sie das doch bitte auch, wenn wir schon wissen, dass uns in diesem Bereich so viele Plätze fehlen!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Auf die laufende Finanzierung bin ich schon eingegangen. Der Freistaat muss auch hier wirklich tiefer in die Tasche greifen. Sicherlich lassen sich nicht alle Probleme in diesem Bereich von heute auf morgen lösen; aber setzen Sie doch bitte wenigstens da an, wo es doch bei einer wirklich ausreichenden Finanzierung relativ leicht sein sollte. Die Schere zwischen Sach- und Personalkosten in den Kitas, also in der staatlichen Refinanzierung, geht immer weiter auseinander. Der Basiswert deckt natürlich sowieso nicht alle entstehenden und tatsächlichen Kosten ab; aber sämtliche Rückmeldungen von Trägern und Kommunen sind genau diese, dass der laufend abnimmt. Hier müssen wir gegensteuern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Wahnsinn ist doch, dass derzeit wieder die finanzielle Steuerung über die Erhöhung der Elternbeiträge Einzug erhält. Das ist doch die komplett falsche Richtung. Das Ziel sollte doch eigentlich sein, den Zugang zu Bildungseinrichtungen kostenfrei zu gestalten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Erwähnen möchte ich an der Stelle auch die nicht hinreichende Finanzierung des sogenannten Personalbonus, also die Umwandlung des Leitungs- und Verwaltungsbonus hin zum Personalbonus. Auch das deckt nicht mehr annähernd die Kosten, die

den Trägern entstehen. Das Resultat ist, dass Personal in der Verwaltung, also in diesem Stützbereich, wieder ausgestellt werden muss. Die Unterfinanzierung in der Mittagsbetreuung und in den offenen Ganztagsschulen ist dramatisch. Ich habe mich dazu auch schon an das Ministerium gewandt, aber der Hinweis war, man hätte sowieso im Ganztag um 1,5 % und in der Mittagsbetreuung bereits um 25 % erhöht.

Aber liebe Kolleginnen und Kollegen, hier klafft nach wie vor eine riesige Finanzierungslücke. Auch das ist wirklich ein Wahnsinn. Bildung ist wirklich die wichtigste Ressource, die wir haben. Geben Sie mehr Geld hinein – das ist im Moment von zentraler Bedeutung –, sonst werden wir die sowieso nicht ganz ideale Betreuungsinfrastruktur künftig noch reduziert wissen, weil sich Träger zurückziehen.

(Beifall des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Wir haben schon vor zwei Wochen ein Antragspaket zur Kitaqualität eingebracht. Deswegen gehe ich jetzt nicht mehr in der Tiefe auf den Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN ein; aber wir stimmen den Forderungen zu. Sie decken sich im Grunde genau mit denen, die wir bereits diskutiert haben.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist der Kollege Johannes Becher für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bei der Gelegenheit erinnere ich noch mal daran, dass zum aktuell aufgerufenen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt ist. – Bitte, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Johannes Becher (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Staatsministerin Ulrike Scharf hat gestern in ihrer Rede gesagt, dass das Kitapersonal in Bayern eine hervorragende Arbeit macht und sie es deswegen nicht mehr zulässt, dass über die schwierigen Arbeitsbedingungen so kri-

tisch gesprochen wird. Sie hat mich ermahnt und daran erinnert, dass ich mitwirken kann, damit vieles besser geht.

Nun, Frau Ministerin, das mache ich. Ich wirke daran mit, damit vieles besser geht, aber nicht indem man die Probleme verschweigt und so tut, als wäre alles heile Welt, sondern indem die Regierung endlich nach langen Jahren leerer Worte Taten folgen lässt und indem die Arbeitsbedingungen in den Kitas grundlegend verbessert werden. Dafür kämpfe ich, dafür kämpfen die GRÜNEN. Wir werden keine Ruhe geben, bis sich die Realität verbessert hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die frühkindliche Bildung in Bayern ist am Limit. Das bedarf dringender Verbesserungen. Das müsste eigentlich inzwischen auch der oder die Letzte mitbekommen haben, aber offenbar nicht in der Staatsregierung. Da heißt es: Der Status quo ist besser, als man denkt. – Das kam neulich beim Kitagipfel mit Markus Söder raus, und dass Bayern natürlich das Familienland Nummer eins ist. – Wenn es nur wirklich so wäre!Die Bayerische Staatsregierung hat seit Jahren die nötigen Investitionen in bessere Arbeitsbedingungen für das Personal in den Kitas und in der Kindertagespflege nicht getätigt. Stattdessen wurden in den letzten fünf Jahren im Speziellen Milliarden Euro für einkommensunabhängige Transferleistungen ausgegeben. Das rächt sich jetzt. Inzwischen sind viele Erzieherinnen und Erzieher aus dem Berufsfeld geflohen. Die verbliebenen Mitarbeiter*innen arbeiten an der Belastungsgrenze und darüber hinaus. Die Öffnungszeiten von Kitas müssen vielerorts gekürzt werden. Betreuungsgruppen werden geschlossen. Das ist doch die Realität.

Natürlich macht das Kitapersonal einen großartigen Job, und natürlich ist diese Aufgabe absolut sinnstiftend. Es ist eine unwahrscheinlich wichtige Aufgabe, die Erzieherinnen und Erzieher, Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger leisten. Sie begleiten Kinder in ihren ersten Lebensjahren und geben ihnen etwas mit. Sie legen mit dieser Betreuung die Basis für das gesamte spätere Leben der Kinder. Das ist eine unwahrschein-

lich wichtige Aufgabe und ist auch unwahrscheinlich verantwortungsvoll. Meine Damen und Herren, genau deswegen haben sie doch das Recht, dass sie von der Politik besser unterstützt und nicht ständig überlastet, sondern entlastet werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Frau Staatsministerin, selbstverständlich kann ich daran mitwirken, dass vieles besser wird; aber am meisten kann man natürlich bewirken, wenn man das Sozialministerium leitet. Dann stellt sich die Frage: Was kann man denn tun? – Unsere konkreten Vorschläge für die kurzfristigen Verbesserungen – mittel- und längerfristig gibt es noch weitere Ideen; ich verweise auf die ganzen Anträge, die wir gestellt haben – summieren sich in unserem Dringlichkeitsantrag auf sieben Punkte.

Erstens. Hundertprozentige Verwendung der Bundesmittel aus dem KiTa-Qualitätsgesetz für Qualität. Bayern erhält 530 Millionen Euro aus Berlin von der viel gescholtenen Ampel – 530 Millionen Euro in eineinhalb Jahren! Davon werden 220 Millionen für einkommensunabhängige Beiträge abgezwackt und nicht in die Qualität investiert. Dieses Geld brauchen wir aber in den Kitas. Meine Damen und Herren, das ist notwendig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweitens. Schließung der Finanzierungslücke in der gesetzlichen Betriebskostenförderung. Es kann doch nicht sein, dass Kitaträger Geld mitbringen müssen, wenn sie für die Gesellschaft die Aufgabe der Kinderbetreuung und Bildung übernehmen. Heute gibt es dazu übrigens eine aktuelle Resolution des Evangelischen KITA-Verbandes. Meine Damen und Herren, lassen Sie uns für eine auskömmliche Förderung sorgen, damit die Kitaträger leben können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Drittens. Grundlegende Verbesserungen der Arbeitsbedingungen für das Kitapersonal. Das beginnt bei der Entlastung durch Hauswirtschafts- und Verwaltungskräfte. Der be-

reitgestellte Fördertopf ist sicherlich nicht ausreichend. Dazu gehört die Refinanzierung von Zeitkontingenten für mittelbare pädagogische Tätigkeiten, weil man sich auch in der Kita darauf vorbereiten muss, was man mit den Kindern unternimmt. Dazu gehört auch die Verbesserung des Anstellungsschlüssels, die Stärkung der Leitungen, die eine ganz zentrale Funktion haben. Perspektivisch müssen wir zu kleineren Gruppen kommen. Meine Damen und Herren, das sind die Entlastungen, die das Personal benötigt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Viertens. Verbesserung der Bedingungen in der Ausbildung, insbesondere die Reform der Kinderpflegeausbildung. Zwei Jahre ohne Gehalt, viel Theorie, ganz wenig Praxis – das ist doch kein Zustand, das kann doch nicht sein! Wir brauchen eine Vergütung ab dem ersten Tag. Wir brauchen viel mehr Praxis und eine Refinanzierung für die Kitas, die dann natürlich einen Teil der Ausbildung übernehmen. Meine Damen und Herren, ein solches System ist im Handwerk gang und gäbe; das muss doch auch im Sozialbereich möglich sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünftens. Verbesserung der Attraktivität des Quereinstiegs. Ja, da ist etwas passiert. Es gibt die Module zur Fach-, Ergänzungs- und Assistenzkraft. Dazu kann man sich weiterbilden. Das ist in Bayern aktuell ein Selbstzahlermodell. Es kostet Tausende Euro, wenn sich jemand zur Kitafachkraft weiterbilden möchte. Wir haben doch einen Mangel, auf den man irgendwann einmal reagieren muss. Meine Damen und Herren, diese Kosten müssen weg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechstens. Anerkennung ausländischer Qualifikationen. Wir scheitern dabei oft genug an der Bürokratie. Gut ausgebildete Fachkräfte leben bei uns in Bayern, die im Ausland eine Ausbildung absolviert haben und die bei uns gebraucht werden. Dann dauert

es aber Wochen und Monate, bis die Betroffenen grünes Licht bekommen und bis man sie einsetzen kann. Das kann auch nicht so weitergehen. Meine Damen und Herren, wir müssen hier dringend schneller werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Siebtens. Eine Maßnahme, die man wirklich machen kann, ist die Stärkung der Kindertagespflege, der Ausbau der Fachberatung, die Vernetzung, die Erhöhung der Qualifikation und der entsprechenden Vergütung. Die Kindertagespflege wird so gern vergessen; aber sie ist auch wichtig. Sie ist auch ein wichtiger Baustein. Die Vergütung liegt meist aber weit unter dem Mindestlohn. Das kann nicht sein. Vergessen Sie die Kindertagespflege nicht! Meine Damen und Herren, auch für sie braucht es Verbesserungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Forderungen sind allesamt dringlich, weil die Lage brisant ist; sie sind aber gar nicht so neu. Fast alle finden sich bereits in den Handlungsempfehlungen des Bündnisses für frühkindliche Bildung wieder, das die Staatsregierung ja selber einberufen hat, um sich beraten zu lassen. Fast alle diese Forderungen finden sich regelmäßig in Petitionen aus der Praxis, die wir dann im Sozialausschuss rauf und runter diskutieren; aber was hilft das alles, wenn es nicht umgesetzt wird? Sie müssen als Staatsregierung endlich einmal auf die Praxis hören und nach den vorgebrachten Vorschlägen handeln; denn, meine Damen und Herren, nur dann wird die reale Lage in Bayern besser.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Ausstattung unserer Kitas und der Kindertagespflege ist kein "Nice-to-have". Da geht es um die Kinder, da geht es um die Zukunft unserer Gesellschaft. Die Kindertagespflege legt den Grundstein für die Bildungslaufbahn der Kinder, den Grundstein für Zukunftschancen. Alle Kinder – alle! – haben ein Recht auf gute Bildung, und zwar

von Anfang an. Unsere Familien brauchen Planungssicherheit, brauchen eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Kitafachkräfte brauchen gute Arbeitsbedingungen. Wenn diese Regierung das nicht schaffen kann oder will, dann braucht es eine neue Staatsregierung, die die Arbeitsbedingungen in den Kitas endlich ernsthaft verbessert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Vielen Dank, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist der Kollege Matthias Enghuber für die CSU-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Matthias Enghuber (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon interessant, mit welchem Schaum vor dem Mund und mit welcher gespielten Aufregung hier zum x-ten Mal ein Thema vorgetragen wird, das in Bayern eine hervorragende Entwicklung nimmt.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Das ist doch Wahnsinn!)

Die GRÜNEN schreiben in ihrem Dringlichkeitsantrag von "Nebelkerzen", die die Staatsregierung zünden würde. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Einzigen, die hier Nebelkerzen zünden, und zwar zum wiederholten Male, sind Sie selber.

Die Zahlen sprechen für sich. Im Koalitionsvertrag von 2018 ist das Ziel ausgegeben, 42.000 Betreuungsplätze im Ganztagsbereich zu schaffen. Fakt ist: Wir haben bis heute tatsächlich 82.500 Plätze geschaffen. Das heißt, wir haben unser Ziel nahezu um das Doppelte übertroffen.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern ist Familienland Nummer eins, während die Ampel in Berlin Familienleistungen zu streichen und zu reduzieren beabsichtigt. Auch das gehört zur Wahrheit.

Unser Ministerpräsident hat das klargestellt. Am 3. Juli 2023 fand der Bayerische Kinderbetreuungsgipfel in München statt. Nicht nur unsere Sozialministerin Ulrike Scharf, sondern auch der Ministerpräsident persönlich haben sich persönlich mit den Fachleuten ausgetauscht und damit gezeigt, wie wichtig ihnen das Thema ist. Das Thema ist für uns als CSU-Fraktion, aber auch für unsere Bayerische Staatsregierung eines der wichtigsten überhaupt. Es ist schon faszinierend, dass Ihnen jetzt, gerade zum Schluss der 18. Legislaturperiode, das Ganze noch einmal einfällt.

(Johannes Becher (GRÜNE): Seit ganzen fünf Jahren weisen wir darauf hin!)

Im Bereich der Ausbildung arbeiten wir daran, den Einstieg in den Bereich der Betreuung zu vereinfachen und ihn attraktiver zu machen. Von 2011 bis 2022 haben wir es geschafft, von 63.900 auf 114.000 Beschäftigte zu steigern. Das ist ein Zuwachs von 78 % Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem Bereich.

Wir fördern 12.000 Teamkräfte mit Landesmitteln ab dem Jahr 2024. Die Behauptung, zu dem, was vom Bund kommt, lege der Freistaat nichts drauf, stimmt nicht. Zu den 127 Millionen Euro vom Bund legt der Freistaat Bayern wie viel drauf? – Genau, er legt 127 Millionen aus Landesmitteln oben drauf. Das sind Fakten.

(Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

– Herr Becher, hören Sie mir bitte bis zum Ende zu. Ich habe das auch getan. Danach können wir gerne weiter diskutieren.

Teamkräfte tragen zur Verbesserung der Qualität in den Kitas bei. Sie ermöglichen mehr Zeit für die Zuwendung zum Kind, für die Erziehung, für die Bildung und für die individuelle Förderung. Die Arbeitsaufteilung kann optimiert und verbessert werden.Die Attraktivität und Motivation für das Berufsfeld wird durch verbesserte Arbeitsbedingungen beständig gesteigert, auch dank der Zuschüsse des Freistaats Bayern an die Kommunen und an die Träger; denn nicht nur der monetäre Anreiz bei den Mitarbeitern, sondern auch die Arbeitsbedingungen und das Arbeitsumfeld müssen stim-

men. Hier leisten unsere Kommunen Beachtliches, und das seit vielen, vielen Jahren. Vielen Dank an unsere Kommunen im gesamten Freistaat Bayern!

(Beifall bei der CSU)

Auch für die Durchführung der Mittagsbetreuung, die sonst keine staatliche Förderung erhält, können staatliche Zuschüsse gewährt werden. Die finanzielle Gesamtverantwortung liegt beim Träger. Ja, richtig, dieser kann auch Elternbeiträge erheben. Die Beiträge der staatlichen Förderung für die Mittagsbetreuung werden zum kommenden Schuljahr je nach Angebotsform um sage und schreibe 33 % erhöht. Dies ist alles schon beschlossen. Für die Mittagsbetreuung werden pro Schuljahr je nach Ausgestaltung und Dauer des Angebots zwischen 4.200 und 12.000 Euro je Gruppe zur Verfügung gestellt. Dies bedeutet für die Mittagsbetreuung bis 14:00 Uhr eine Erhöhung der Förderung um 26 % von 3.300 auf 4.200 Euro, für die verlängerte Mittagsbetreuung bis 15:30 Uhr eine Erhöhung um 29 % und für die Mittagsbetreuung bis 16:00 Uhr eine Erhöhung um 33 %. Das Finanzvolumen dieses Pakets beträgt 12 Millionen Euro.

Der Freistaat Bayern ist hier auch starker Partner der Kommunen, die das Ganze umsetzen. Die Kommunen leisten immens viel. Ich bin selbst Kindergartenreferent im Stadtrat meiner Heimatstadt. Ich kann Ihnen sagen, kein Jahr vergeht ohne Neubau einer Einrichtung oder Generalsanierung einer bestehenden Einrichtung. Die größte Herausforderung besteht darin, neben dem Personal auch die Grundstücke, die Räumlichkeiten und die Gebäude zu finden. Hier sind unsere Bürgermeister und unsere Gemeinderäte vorbildlich dran.

Ich danke an dieser Stelle unserem Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder, dass er das Familienland Bayern in seinem Bestreben an die erste Stelle setzt. Ich danke den vormaligen Staatsministerinnen Kerstin Schreyer und Carolina Trautner sowie unserer Staatsministerin Ulrike Scharf, die das Anliegen der guten Kinderbetreuung ganz nach vorne stellt in ihrem Bemühen im Sozialministerium. Ich möchte an der Stelle auch ganz besonders unserer Kollegin Sylvia Stierstorfer danken, die dieses Thema in den

letzten Jahren im Sozialausschuss immer kraftvoll vertreten und nach vorne gebracht hat.

Bayern kann stolz auf das bisher Erreichte sein. Wir bleiben dran. Wir sind noch nicht fertig. Wir geben weiter Gas für unsere Familien und unsere Kinder. Ich danke sehr herzlich allen, die hier mitmachen, mithelfen und mitziehen. Herzlichen Dank! Weiter Vollgas für unsere Familien!

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Hierzu erteile ich Frau Kollegin Julika Sandt für die FDP-Fraktion das Wort.

Julika Sandt (FDP): Herr Kollege, nach diesem Selbstgefälligkeitsanflug verweise ich auf eine vor zwei Tagen herausgekommene Studie, wonach Bayern beim Ausbau von Ganztagsplätzen Schlusslicht ist und bei Kitaplätzen für Kinder unter drei Jahren im hinteren Mittelfeld liegt. Man kann natürlich von einem niedrigen Status quo von ich weiß nicht vor wie vielen Jahren ausgehen und sagen, wir haben die Anzahl gesteigert, aber Fakt ist, im Vergleich liegt Bayern sehr weit hinten. Dies korreliert damit, dass auch die Bundesmittel für den Ausbau des Ganztags und der Kitas für Kinder unter drei Jahren sehr wenig abgerufen wurden. Auch hier sind wir – vor allen Dingen beim Ganztag – Schlusslicht. Woran liegt es, dass die Mittel nicht abgerufen wurden? Sind Bayerns Kommunen dümmer als andere Kommunen? Letztere haben die Mittel zum Teil zu 100 % abgerufen, wir zu 19 %. Sind vielleicht die Förderrichtlinien zu kompliziert, oder was ist hier eigentlich los?

Matthias Enghuber (CSU): Liebe Frau Kollegin Sandt, ich weiß nicht, wie es aus der Münchner Großstadtwarte aussieht, wenn man auf das Land Bayern blickt, aber Ihre Frage offenbart ein sehr seltsames Bild, das Sie hier im Hohen Haus des Bayerischen Landtags zeichnen. Unsere Kommunen sind sicherlich nicht zu dumm, die Fördermittel einzusetzen. Ich verbitte mir, dass so etwas hier ausgesprochen wird.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe gerade versucht, Ihnen in der Rede darzulegen, dass neben der Herausforderung, ausreichend Personal zu finden, auch die Herausforderung besteht, im ländlichen Raum genügend Flächen zu finden, auf denen man bauen kann, und genügend Firmen zu finden,

(Florian von Brunn (SPD): Das ist in der Stadt viel leichter! So ein Unfug!)

die die Bauvorhaben in einer angemessenen Zeit umsetzen. Dies mag vielleicht in Bayern aufgrund unserer immer noch sehr guten Situation in der Wirtschaft ein bisschen schwieriger sein, als es in Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen oder sonst irgendwo der Fall ist. Unsere Kommunen sind dran. Sie lösen das Problem, –

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, Sie haben eine Minute für Ihre Antwort.

Matthias Enghuber (CSU): – und wir unterstützen die Kommunen nach Kräften erfolgreich.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist für die AfD-Fraktion Herr Abgeordneter Jan Schiffers.

(Beifall bei der AfD)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Jan Schiffers (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Bürgerinnen und Bürger! Die angespannte Situation in Kitas und im Bereich der Ganztagsbetreuung, insbesondere im Hinblick auf fehlendes Personal, ist weder neu noch ist sie vom Himmel gefallen. Die Einführung eines Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung im Grundschulbereich war ein großer Fehler, der die ohnehin angespannte Situation nochmals erheblich verschärft und die Kommunen in riesige Schwierigkeiten bringt. Dementsprechend gab es auch in jüngster Zeit Forderungen,

zum Beispiel des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Grundschüler zu verschieben oder in manchen Regionen, in denen der Anspruch schlichtweg nicht erfüllt werden kann, auszusetzen.

(Unruhe)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Entschuldigung, Herr Kollege. – Ich darf um etwas mehr Ruhe bitten. Wenn Sie Einzelgespräche zu führen haben, führen Sie diese bitte draußen auf den Gängen, aber nicht hier im Plenarsaal.

Jan Schiffers (AfD): Die SPD war es, die als Teil der damaligen Bundesregierung maßgeblich an der Einführung dieses Rechtsanspruchs beteiligt war.

Unabhängig davon besteht Handlungsbedarf, und die Staatsregierung hat hier in den letzten Jahren zu spät zu wenig auf den Weg gebracht. Berechtigt ist aus meiner Sicht die Kritik an den PR-Nebelkerzen der Staatsregierung. Der Anfang Juli kurzfristig angesetzte Kitagipfel ist offensichtlich dem nahenden Wahltag geschuldet; denn in den letzten Jahren hat sich das Interesse des Bayerischen Ministerpräsidenten für dieses Themenfeld ja in sehr, sehr engen Grenzen gehalten, um es einmal höflich auszudrücken. Das Interesse für das Themenfeld Kindertagesbetreuung entspricht ungefähr der Wertschätzung, die der Bayerische Ministerpräsident hier dem Bayerischen Landtag entgegenbringt.

Das von der SPD geforderte Sonderinvestitionsprogramm mag gut gemeint sein, allerdings wird das Hauptproblem, Fachkräfte für das Berufsfeld zu gewinnen und zu halten, hierdurch nicht gelöst.

Ich erlebe in meiner Heimatstadt Bamberg, dass in letzter Zeit zwar viel investiert wurde, Einrichtungen gebaut wurden und aktuell immer noch in Planung sind, gleichzeitig aber schon bestehende Kitas Öffnungszeiten reduzieren oder ganze Gruppen schließen müssen. Hier ist offenbar ein Punkt erreicht, an dem der Ausbau und verfüg-

bares Fachpersonal deutlich auseinanderklaffen und eine ungebremste weitere Schaffung von Betreuungsplätzen nicht mehr angezeigt ist. Diese Erfahrung machen derzeit viele Kommunen in Bayern. Die Handlungsempfehlung des Bündnisses für frühkindliche Bildung liegen vor und werden bislang von der Staatsregierung immer noch zu wenig beachtet. Eine echte Reform der Ausbildung ist überfällig, ebenso die Entbürokratisierung des Arbeitsalltags und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Fachkräfte in den Einrichtungen. Statt den Fokus auf die Schaffung weiterer Plätze zu richten, ist aus unserer Sicht die Qualität zu verbessern.

Der Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN enthält hierzu konkrete Punkte, die zum Teil in die richtige Richtung gehen. Wir werden uns zu dem Antrag enthalten. Der Antrag der SPD setzt aus unserer Sicht die falschen Schwerpunkte, sodass wir ihn ablehnen werden.

Das Thema haben wir hier im Plenum und auch in den Ausschüssen schon mehrfach intensiv besprochen. Ich möchte deshalb noch ein paar übergeordnete Gedanken äußern. Wir sollten uns meiner Meinung nach von dem Narrativ verabschieden bzw. uns dieses gar nicht erst aufdrängen lassen, dass Ganztagsbetreuung für Grundschüler und umfassende Kinderbetreuung von früh bis spät in Einrichtungen ein Allheilmittel sind und unbedingt um jeden Preis erstrebenswert sind. Natürlich ist für viele Familien eine Ganztagsbetreuung wichtig, in den allermeisten Fällen aber aus purer wirtschaftlicher Notwendigkeit, weil beide Eltern zwangsläufig arbeiten und Steuern zahlen müssen. Wir dürfen uns dieser Tatsache nicht verschließen. Viele Familien würden gerne mehr Zeit für die Eigenbetreuung ihrer Kinder aufbringen, können dies aber schlichtweg nicht. Hier müssen wir in den nächsten Jahren ansetzen. Wir brauchen echte Steuerentlastung, eine Reduzierung der Abgabenlast und eine echte Neuausrichtung der Familienpolitik, die Familien und Kinder in den Mittelpunkt stellt.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Susann Enders für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vor vielen Jahren gab es eine politische Kraft in der Bundesrepublik, die Sozialpolitik wenigstens versucht hat, die wirklich und ehrlich eine Partei der arbeitenden Menschen war, die Arbeiterpartei SPD. Was ist daraus geworden? – In Bayern macht jetzt die Bayernkoalition – Gott sei Dank – eine Sozialpolitik für die Menschen und vor allen Dingen mit Menschen, die wissen, wovon sie reden.

Das "Landesförderprogramm Ganztagsausbau" der Bayerischen Staatsregierung erweitert die Ganztagsbetreuung. Jeden Ganztagsplatz der Kommunen für Grundschulkinder, der bis 2029 geschaffen wird, will der Freistaat finanziell unterstützen. Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder tritt stufenweise ab dem Schuljahr 2026/2027 in Kraft. Bis 2029 kommt jedes Jahr ein weiterer Jahrgang hinzu. Damit haben ab dem Schuljahr 2029/2030 alle Kinder im Grundschulalter einen Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung. 428 Millionen Euro kann Bayern an die Kommunen zur Schaffung neuer Plätze weitergeben.

Der im Juli durchgeführte Kinderbetreuungsgipfel bringt das Thema weiter voran. Angestrebt wird eine Verdoppelung der Teamkräfte und eine Förderung von rund 12.000 Teamkräften mit Landesmitteln ab 2024. Der Ausbau der Teamkräfte entspricht dem Wunsch der Praxis und ist ein Beitrag zur Wertschätzung des pädagogischen Personals.

Stichwort "Landesförderprogramm Ganztagsausbau": Der Ministerrat hat im Dezember die Eckpunkte für das Landesförderprogramm Ganztagsausbau beschlossen. Danach wird jeder neu geschaffene Betreuungsplatz für ein Grundschulkind in Bayern zusätzlich gefördert: 6.000 Euro pro Platz in Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe, vor allem für Horte, 3.900 Euro pro Platz in einer Kombi-Einrichtung – kooperativer Ganztag –, 3.000 Euro pro Platz in Angeboten unter Schulaufsicht.

Ich bleibe bei den Zahlen: Der Freistaat gibt 37,5 Millionen Euro für Sprach-Kitas aus. In den Jahren 2023/2024 werden es über 40 Millionen Euro für Kita-Härtefallhilfen sein, zur Verhinderung höherer Elternbeiträge aufgrund der Energiekosten. Seit 2020 wurden 114 Millionen Euro Krippengelder ausgezahlt, und 537,2 Millionen Euro flossen in Beitragszuschüsse für die gesamte Kindergartenzeit im Jahr 2023.

Erst im Dezember haben wir, die Fraktion der FREIEN WÄHLER, mit einem Dringlichkeitsantrag auf den Bedarf an Fachkräften hingewiesen und erreicht, dass sich die Staatsregierung im engen Dialog mit den Berufsfachschulen für Kinderpflege und den Fachakademien für Sozialpädagogik sowie im Bündnis für frühkindliche Bildung für eine Verbesserung bei der Vergütung während der Ausbildung zur staatlich geprüften Kinderpflegerin bzw. zum staatlich geprüften Kinderpfleger einsetzt, um Fachkräfte zu generieren. Diese Liste könnte ich jetzt noch beliebig fortführen. So viel nur, weil immer behauptet wird, hier im Freistaat passiert nichts.

Blicke ich auf die beiden vorliegenden Dringlichkeitsanträge von den GRÜNEN und der SPD, so ist klar: Die GRÜNEN haben – wie soll es anders sein? – jeglichen Bezug zur Realität verloren, wenn sie mit "Kita-Krise" in der Überschrift die Leute verunsichern. Alarmismus scheint ein neues Mittel zum Zweck zu sein, egal welches Thema.

(Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

Die SPD nun, mit Blick zum Anfang meiner Rede, sie sollte Sozialpolitik denen überlassen, die wirklich etwas davon verstehen, meine Damen und Herren.

(Lachen bei der SPD – Florian von Brunn (SPD): Und das sind dann wohl die FREIEN WÄHLER?)

Ich vermisse schmerzlich die Willy Brandts und die Helmut Schmidts in Ihren Reihen. Sie sollten die Förderprogramme und die Unterstützungsinitiativen der Staatsregierung erst einmal richtig durchlesen. Wir lehnen beide Anträge ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dafür erteile ich das Wort Herrn Kollegen – –

(Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, langsam drängt sich der Eindruck einer neunten Schulklasse am letzten Tag vor den Ferien auf.

(Alexander König (CSU): So falsch ist der Vergleich nicht!)

Der Zeitrahmen ist doch überschaubar. Den Kolleginnen und Kollegen, die hier vorne stehen, teilweise zu ihrer letzten Rede, sollte man doch ein bisschen Respekt entgegenbringen. Bitte verlagern Sie doch – und das gilt auch für Herrn Kollegen Gotthardt – Ihre Pausen – und Ihre Urlaubs- und Feriengespräche möglichst auf die Zeit nach dieser Sitzung. Danke schön.

(Vereinzelter Beifall)

So, nun hat Herr Kollege Becher das Wort.

Johannes Becher (GRÜNE): Herr Vizepräsident, vielen Dank. Sie würden sich auch als Lehrkraft für unsere Schulklasse gut machen.

(Heiterkeit)

Aber Spaß beiseite. – Frau Kollegin Enders, ich wollte noch nachfragen, zum einen zum Thema Kinderpflegeausbildung. Wann tut sich denn da etwas? Sie haben gesagt, Sie haben einen Dringlichkeitsantrag eingebracht. Das war der Nachzieher zu unserem Antrag. Aber wann ist es denn so weit, dass in der Kinderpflegeausbildung tatsächlich ab dem ersten Tag Vergütung bezahlt wird, dass endlich mehr Praxis statt Theorie gegeben ist? Ich würde mir doch erhoffen, dass wir da noch eine klare Botschaft, eine klare Antwort bekommen.

Das Zweite ist: Sowohl für den Ganztag als auch für Verbesserungen in den Kitas braucht man Geld. Die FREIEN WÄHLER sind dabei, sehr viele Einnahmen abzuschaffen und sehr viele Ausgaben an anderer Stelle zu steigern. Wie soll denn das Ganze finanziert werden, wenn das, was Sie sich vorstellen, Realität wird?

(Unruhe)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Lieber Herr Kollege Becher, ich würde sagen: Vorrücken nicht gefährdet.

(Johannes Becher (GRÜNE): Danke!)

Für die Herren, die sich da hinten schon wieder unterhalten, trifft das nicht so ohne Weiteres zu. – Bitte. Frau Kollegin Enders hat das Wort.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Ja, Herr Becher, natürlich: Wann endlich? – Genau deshalb haben wir unseren Antrag gestellt, damit das geprüft wird. Auch Sie werden das abwarten müssen, auch wenn Ihnen das nicht gefällt. Um aber auf die Sprüche in Ihrer Rede vorhin zurückzukommen, da haben Sie gesagt, Sie wollen eine neue Staatsregierung in Bayern, damit hier endlich – ich sage es einmal im übertragenen Sinne – alles gut wird. Ich schaue aber in den Bund und sage: Nein danke, GRÜNE in der Regierung, bitte nicht in Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Nächste Rednerin ist für die FDP-Fraktion Frau Kollegin Julika Sandt. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Julika Sandt (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Nein, das ist nicht mal eben Ende der Legislaturperiode, wo so ein Thema aufpoppt. Wir haben die ganze Zeit Positionspapiere, Antragspakete, Anträge, Gesetzentwürfe zu diesem Thema vorgelegt und Verbesserungen eingefordert. Es ist aber nichts pas-

siert. Ich muss sagen, dass wir jetzt diese Debatten noch einmal führen, wirft ein Schlaglicht auf dieses wichtige Thema. Wenn wir jetzt die letzten drei Sitzungstage erleben, stelle ich fest: Gestern ging es um Steuermilliarden, die in der Stammstrecke versenkt wurden wegen dilatorischer Behandlung. Heute geht es um Dilettantismus im Kita- und im schulischen Bereich. Mein Resümee dieser Legislaturperiode und der Staatsregierung ist: Dilatorisch, dilettantisch! Anders kann ich es nicht ausdrücken.

(Lebhafter Beifall bei der FDP – Tobias Reiß (CSU): Hast es ja bald hinter dir!)

Die frühkindliche Bildung, die Kitas und der Ganztag sind immens wichtig. Sie sind entscheidend für die Chancen jedes einzelnen Menschen. Deshalb müssen wir uns einfach darum kümmern. Deshalb müssen wir uns hier dringend engagieren. Wir wissen aus sämtlichen Studien, dass jeder Euro, der in frühkindliche Bildung fließt, besonders gut investiert ist.

Was aber macht die Bayerische Staatsregierung? – Sie brüstet sich noch im Herbst damit, dass sie drei Milliarden Euro Familiengeld mit der Gießkanne verteilt hat, ohne Effekt, an alle möglichen Leute, egal wie das Einkommen ist, einfach mit der Gießkanne. Sie hat nicht gesagt, was sie damit erreicht hat. Sie hat nur gesagt: Wir haben viel Geld ausgegeben.

Gleichzeitig fehlt das Geld in der frühkindlichen Bildung. Das Ergebnis ist doch, auch beim Ausbau für die Kinder unter drei Jahren gehen 12 % leer aus. 12 % erhalten keinen Platz. Beim schulischen Ganztag gehen 20 % leer aus. Bayern ist hier nun einmal – das sagt die neue Studie – Schlusslicht. Bayern ist bundesweit Schlusslicht. Das ist eine Watschn für die Familie, das ist eine Watschn für die Gleichstellung. Wenn ein Elternteil, meist die Mutter, dann zu Hause bleiben muss, obwohl es gerne arbeiten würde und einen Job hat, dann ist das auch eine Watschn für die bayerische Wirtschaft.

(Beifall bei der FDP – Zuruf)

– Genau. Gut, dass Sie den Daumen hochmachen. Richtig so! Das ist eine Watschn für die Wirtschaft. Wir haben einen Wirtschaftsminister und einen Bildungsminister – jetzt sind sie nicht einmal da –, und die hätten das doch zu ihrem Projekt machen können. Die hätten doch sagen können: Wir schaffen Ganztagsplätze, damit diese Eltern als Fachkräfte dem Arbeitsmarkt und der Wirtschaft zur Verfügung stehen. – Aber was machen sie? – Sie beschäftigen sich mit Winnetou und Kuhfladen.

(Unruhe)

Wir von der FDP fordern Investitionen in frühkindliche Bildung. Die Bertelsmann Stiftung hat gesagt, Anfang der Legislatur haben 7.000 Fachkräfte gefehlt. Mittlerweile sind es 40.000. Das ist Ihre Bilanz. Eigene Erhebungen haben Sie gar nicht; denn die Fachkräfte-Bedarfsanalyse, die wir seit Jahren einfordern, fehlt immer noch.Die Ministerin kündigt sie ständig an; ich hoffe, dass sie irgendwann kommt. Dann kann man sagen: Die Opposition wirkt. Die Fachkräfte-Bedarfsanalyse ist aber bis jetzt nicht gekommen, weil offensichtlich die Zahlen so schlecht sind, dass Sie sich lieber bedeckt halten und weiter im Nebel herumstochern.

(Beifall bei der FDP)

Wir fordern höhere Pauschalen pro Kind, mehr Zeit für die Vorbereitung und Verwaltung und eine vergütete Erzieherausbildung für alle Erzieherinnen und Erzieher als grundsätzliches Modell. Wir brauchen eine bessere Anerkennung ausländischer Abschlüsse; in dem Bereich läuft so viel schief, dass hoch qualifizierte Fachkräfte mit Hochschulabschluss nicht als Erzieherinnen und Erzieher arbeiten dürfen. Wie dumm ist das denn angesichts des Fachkräftemangels! Das kann ich nicht nachvollziehen.

Wir brauchen auch bessere Anstellungsschlüssel, weil wir doch die Fachkräfte, die wir hier haben, wertschätzen und die Arbeitsbedingungen verbessern wollen. Da gibt es auch die Massenpetition. Wir brauchen einen besseren Anstellungsschlüssel, statt ihn immer noch weiter zu verschlechtern, wenn dann der Mangel sichtbar wird.

Wir brauchen mehr Verbindlichkeit, wir brauchen Visionen für die frühkindliche Bildung und mehr Verbindlichkeit in der Schulvorbereitung. Die Vorkurse Deutsch müssen verbindlich stattfinden, und zwar mit qualifiziertem Personal. Wir von der FDP fordern Sie auf: Behandeln Sie Kitas und den Ganztag nicht weiter als Aufbewahrungsorte; behandeln Sie das als Orte frühkindlicher Bildung! – Das müssen uns die Kinder wert sein.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Für die Staatsregierung spricht jetzt noch Frau Staatsministerin Ulrike Scharf.

(Unruhe)

– Ich darf noch einmal darum bitten, die letzten Stunden noch mit Anstand über die Bühne zu bringen. Führen Sie Ihre Gespräche – wenn überhaupt – draußen, hören Sie der jeweiligen Rednerin oder dem jeweiligen Redner zu und zollen Sie dadurch Respekt. – Bitte, Frau Staatsministerin, wir versuchen es.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Vielen Dank, Herr Vizepräsident, wir versuchen es. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Julika Sandt, es ist schon wirklich schwer auszuhalten, was hier präsentiert wird.

(Beifall bei der CSU)

Davon zu sprechen, dass nichts passiert, von Dilettantismus und bei der Nachfrage vom Kollegen Enghuber von Selbstbeweihräucherung zu sprechen, zeugt eigentlich nur davon, dass Sie nichts verstehen, dass Sie nichts dazugelernt haben, dass Sie sich nur empören

(Thomas Huber (CSU): Keine Ahnung!)

und falsche Fakten verbreiten können. Hören Sie vielleicht jetzt einmal zu!

Deshalb danke ich für die Dringlichkeitsanträge der GRÜNEN und der SPD, weil wir jetzt endlich noch einmal alles klarstellen, die Fakten auf den Tisch legen und uns einmal ein Bild davon machen können, wie es wirklich um die Kinderbetreuung in Bayern steht.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Ziemlich schlecht!)

Meine Damen und Herren, erstens sichern wir die Qualität in den Kitas. Dafür nehmen wir für die Teamkräfte ab 2024 noch einmal 127 Millionen Euro in die Hand. Wir verdoppeln die Zahl der Teamkräfte von 6.000 auf 12.000. Damit wird eine spürbare Entlastung für unser pädagogisches Personal und mehr Qualität für die frühkindliche Bildung erreicht. Vielleicht kann man sich die Zahlen auch einmal mitschreiben, damit man es dann irgendwann einmal nachlesen und verinnerlichen kann. Zusammen mit den Mitteln aus dem KiTa-Qualitäts- und -Teilhabeverbesserungsgesetz sind das dann ab 2024 254 Millionen Euro für die Teamkräfte.

Was Sie fordern, setzen wir längst um. Wir ermöglichen den Einsatz von zusätzlichen Hauswirtschafts-, Verwaltungs- und Assistenzkräften sowie Praktikanten. Der bisherige Leitungs- und Verwaltungsbonus ist von über 7.000 Kitas in Bayern in Anspruch genommen worden. – Lieber Kollege Johannes Becher, vielleicht kann man das auch einmal verinnerlichen. Wir erweitern das jetzt noch einmal. Somit hat das pädagogische Personal mehr Zeit für die Kinder und mehr Zeit für Bildung und Erziehung. Damit werden die Leitungen entlastet.

Im Übrigen verwenden wir einen Teil der Bundesmittel für die Beitragsentlastung – wie es das KiTa-Qualitäts- und -Teilhabeverbesserungsgesetz auch vorsieht –, und das kommt spürbar – –

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Staatsministerin, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Nein, das machen wir am Schluss. – Wir verwenden einen Teil der Bundesmittel für die Beitragsentlastung. Das hilft unseren Familien spürbar. Ihre Forderung, die Mittel jetzt ergänzend für die Qualität zu verwenden, hat einfach einen total faden Beigeschmack; denn der Freistaat trägt rund die Hälfte aller öffentlichen Ausgaben in der Kinderbetreuung. Wenn man einmal aufsummiert, was die Betriebskostenförderung und die Investitionen betrifft, dann sind das 5 Milliarden Euro. Aber das werden Sie auch nicht verstehen, weil Sie diese Zahlen einfach nicht verinnerlichen wollen.

Die Qualität hängt also nicht allein von den Bundesmitteln ab. Wenn wir uns darauf verlassen würden, dann wären wir verlassen. Das zuverlässige Finanzgebaren, das wir vom Bund erwarten sollten, wird so nicht gelebt; das ist irgendwie ein Fremdwort geworden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Antrag ist also in der Sache falsch. In der Art ist er vor allen Dingen scheinheilig und in der Summe überflüssig.

Qualität und Quantität sind zwei Seiten einer Medaille. Daher investieren wir auch weiter in die Kinderbetreuung. Wir haben ein starkes Ziel. Kollege Enghuber hat es vorhin auch schon dargestellt. Wir haben am 3. Juli einen Kinderbetreuungsgipfel abgehalten; unser Ministerpräsident hat klar formuliert, 180.000 neue Betreuungsplätze bis 2028 für unsere Kinder zu schaffen. Das sind noch einmal zusätzlich 50.000 Plätze für die Unter-Sechsjährigen und 130.000 für die Grundschulkinder; so setzt sich die Zahl von 180.000 Plätzen zusammen, und so geht Familienpolitik in Bayern. Wenn Sie das als Nebelkerze bezeichnen, dann muss ich sagen: Sie zünden sie doch selbst.

(Beifall bei der CSU – Unruhe)

Ich möchte gerne mit den Fakten weitermachen. Wir haben die staatlichen Zuschüsse für die Mittagsbetreuung um bis zu 33 % pro Gruppe deutlich angehoben; dafür nimmt der Freistaat jährlich zusätzlich noch einmal 12 Millionen Euro in die Hand. Wir zahlen beim Einsatz einer pädagogischen Fachkraft im offenen Ganztag einen Qualitätszuschlag in Höhe von 5.000 Euro pro Schuljahr für die kleineren Standorte.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das alles sind Landesmittel. Der Bund will sich an den aufwachsenden Betriebskosten für den Ganztag beteiligen. – Ja, irgendwann; er formuliert, circa ab 2026. Wir haben aber keine Zeit; denn die Wirklichkeit ist hier und jetzt. Deswegen handeln wir entschlossen, weil wir es auch nicht zulassen können, dass die Handlungsunfähigkeit des Bundes und der Berliner Ampel zulasten unserer Kinder und Familien geht.

Zweitens stehen wir an der Seite der Kommunen, und zwar seit Langem, aus innerer Überzeugung und vor allen Dingen mit großer Kraftanstrengung. Ich wiederhole es noch einmal: Der Freistaat trägt über die Hälfte der öffentlichen Ausgaben im Kitabereich, weil wir uns auch darin einig sind, dass die Startchancen unserer Kinder nicht von der Finanzkraft einer Kommune abhängen können. Noch einmal: Die Betriebskostenförderung lag allein im letzten Jahr bei über 2 Milliarden Euro.

Wir haben in Bayern bereits eine wuchtige Investitionskostenförderung im Kitabereich; Kollege Enghuber hat es auch erwähnt. Unser Ziel im Koalitionsvertrag war, über 42.000 neue Plätze zu schaffen. Fakt ist – Frau Sandt, zum Mitschreiben: Wir haben 82.500 Plätze geschaffen.

Beim Ganztagsausbau für die Grundschulkinder sind wir bereits seit 2020 mit einem eigenen bayerischen Hortprogramm in Vorleistung gegangen. Auch dafür wurden Landesmittel in Höhe von 67 Millionen Euro bereitgestellt. Leider wissen wir nicht, welche Mittel vom Bund jetzt als Nachfolge zum KiTa-Qualitäts- und -Teilhabeverbesserungsgesetz ab 2025 kommen und zur Verfügung stehen werden. Wir wissen auch nicht, welches neue Bürokratiemonster sich hinter dem Qualitätsentwicklungsgesetz verbirgt, das die Ampel plant. Aber so oder so: Wir gehen in Vorleistung. Wir steigen hier ein.

Wenn ich Richtung Berlin schaue, dann sehe ich vor allen Dingen leere Versprechungen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Ampel verspricht im Koalitionsvertrag ein neues Sonderinvestitionsprogramm für den Kita-Ausbau; versprochen ist es. Ich frage

mich, was passiert ist. – Ich glaube, nichts; zumindest ist nichts wahrnehmbar, weil für unsere Kinder kein Geld da ist. Dass die Ampel-Parteien solche Anträge vorlegen, hat schon wirklich etwas Dreistes. – Jetzt wende ich mich direkt an Sie: Wenn Sie mit einem Finger auf Bayern zeigen, zeigen drei Finger auf Sie selbst zurück.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, drittens setze ich mich wirklich mit aller Kraft dafür ein, dass wir mehr Personal für einen der schönsten und sinnstiftendsten Berufe überhaupt gewinnen können. Neue Fach- und Ergänzungskräfte kommen unter anderem dann, wenn die Ausbildung attraktiv ist. Ihre Forderung nach einer praxisnahen Kinderpflegeausbildung ist genau das Gegenteil, liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN. Wollen wir wirklich, dass die Ausbildung noch länger dauert? Wollen wir wirklich eine Ausbildungsdauer, die von zwei auf drei Jahre erhöht wird? Das hätte nämlich zur Folge, dass der Weg zur Erzieherin plötzlich sechs Jahre dauert. Die dafür Interessierte möchte ich gerne finden; Sie können sie mir dann auch zeigen.

Ich habe erst kürzlich dem Landtag einen schriftlichen Bericht vorgelegt, wie es um die Kinderpflegeausbildung und die Modernisierung steht. – Lieber Herr Kollege, wenn Sie den gelesen hätten, dann wüssten Sie, dass wir längst mit den Kitaträgern, den Verbänden und Schulträgern in engem und konstruktivem Austausch dazu stehen. Wir arbeiten gemeinsam daran, dass diese Ausbildung attraktiver und modernisiert wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen jetzt mit einer weiteren Falschbehauptung aufräumen. Bei 56 % der Beschäftigten, die an unserem Gesamtkonzept für die berufliche Weiterbildung teilnehmen, übernimmt der Arbeitgeber die Kursgebühren ganz oder anteilig. Weitere 14 % erhalten eine andere Unterstützung, zum Beispiel von der Bundesagentur für Arbeit. 30 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zahlen die Kursgebühr selbst. Im Rahmen der Ergänzungs- und Fachkraftqualifizierung bekommen die Leute sofort ein Gehalt. Auch das ist die Wahrheit – aber nicht die Behauptung, die Sie in den Mittelpunkt stellen.

Diese Kurse und dieses Gesamtkonzept für die berufliche Weiterbildung sind unglaublich attraktiv und werden gut angenommen. Auch hier braucht es Zahlen, die untermauern, was genau läuft. Das heißt, 19 Kurse mit rund 300 Absolventinnen und Absolventen sind abgeschlossen. 45 Kurse mit weiteren 650 Absolventinnen und Absolventen sind bald fertig; 99 sind in Planung. Das sind insgesamt rund 1.500 Absolventinnen und Absolventen. Das ist ein großer Erfolg. Ich freue mich wirklich über diesen großen Zuspruch, den wir gerade von Menschen erfahren, die den Quereinstieg in die Kinderbetreuung suchen.

(Beifall bei der CSU)

Natürlich erkennen wir ausländische Qualifikationen von Sozial- und Kindheitspädagogen sehr wohl an; was denn sonst? Die Einzelfallgenehmigung halte ich für richtig, weil sie ein schnelles und flexibles Mittel ist, um auch Menschen mit anderen Abschlüssen in diese Berufe bringen zu können. Wenn Sie sich die Statistik mit den Zeiten, die man zur Anerkennung der Qualifikation braucht, anschauen, werden Sie feststellen, dass die Sozialberufe diejenigen Berufe sind, die in der Anerkennung am schnellsten sind. Wenn alle Unterlagen vollständig sind, liegen wir bei 24 Tagen, ansonsten im Durchschnitt bei einem Monat. Hier wird also eine Falschbehauptung in den Mittelpunkt gestellt.

(Beifall bei der CSU)

Noch ein Wort zu Ihrer Forderung nach Stärkung der Kindertagespflege, die Sie seit Jahren wiederholen. Ich würde mir wünschen, dass Sie eine andere Platte auflegen. Ich habe bereits unzählige Male auf die fehlende Zuständigkeit des Freistaats hingewiesen; denn das Begehren liegt in der Zuständigkeit der Träger der öffentlichen Jugendhilfe, Stichwort: kommunale Selbstverwaltung.

Ein Letztes in Richtung der Kollegin Julika Sandt und der SPD: Die Studie, die wir in der letzten Woche von der Bundesfamilienministerin zur Kindertagesbetreuung gehört haben – "Kindertagesbetreuung Kompakt" – ignoriert die Realität und die Wünsche

unserer Eltern vollkommen; denn sie blendet die Mittagsbetreuung aus. Die Mittagsbetreuung ist in dieser Studie nicht berücksichtigt, obwohl sie im Ganztag künftig rechtsanspruchserfüllend ist, wenn sie bis 16 Uhr angeboten wird. Das sollte man wissen.

(Beifall bei der CSU)

Wir setzen in Bayern bei der Kinderbetreuung auf einen Mix, nämlich aus dem offenen und gebundenen Ganztag und der Mittagsbetreuung. Es wird bei uns in Bayern so individuell und so regional unterschiedlich angenommen, wie es Eltern für ihre Kinder wünschen und brauchen, nicht wie es sich eine Bundesfamilienministerin vorstellt.

Zu den Fakten bei der Nachmittagsbetreuung unserer Grundschüler: Wir sind hier bei einem Wert von 56 %. Diese Studie stellt die Fakten falsch dar, stimmt also nicht; denn dann wären wir bei 36 %. 56 % unserer Grundschulkinder haben eine Nachmittagsbetreuung.

(Florian von Brunn (SPD): Wenn Sie die Omas mitrechnen!)

– Herr von Brunn, ich kann Ihnen noch die Zahlen geben und Ihnen genau sagen, wie viele Kinder im offenen und im gebundenen Ganztag sind, wie viele Kinder in der Mittagsbetreuung und im Hort sind, und zwar so, wie es die Eltern für ihre Kinder wünschen und brauchen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Bravo!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, Ihre Forderungen sind wie ein Kratzer in der guten alten Schallplatte: Sie bleibt immer an derselben Stelle hängen.

(Florian von Brunn (SPD): Weil Sie es nicht schaffen, es zu verändern!)

Es gibt keine Bewegung und keine Weiterentwicklung.

(Unruhe)

Falsch ist obendrein Ihre Defizittheorie. Wir setzen die Zahlen und Fakten entgegen. Hören Sie damit auf! Es ist schön, dass Sie dieses Thema nochmals auf die Tagesordnung gesetzt haben. Wir sind auf einem unglaublich guten Weg für die beste Bildung, Betreuung und Erziehung unserer Kinder. Deshalb bitte ich, beide Dringlichkeitsanträge abzulehnen. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Staatsministerin, es liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Für die erste Zwischenbemerkung erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden der SPD, Herrn Florian von Brunn, das Wort. Bitte.

Florian von Brunn (SPD): Liebe Frau Scharf, die Situation in den Kitas – darauf will ich mich jetzt beschränken – ist leider ganz anders, als Sie es gerade schöngeredet haben. Ich kann es selber sagen, weil ich Vorsitzender der AWO München bin und wir viele, viele Einrichtungen haben. Ich habe in den letzten zwei Jahren viele Einrichtungen besucht. Egal ob in Mittelfranken oder in Oberbayern, überall stelle ich fest, dass Kitagruppen im notwendigen Maße nicht mehr betrieben werden können, weil das Personal fehlt. Was machen Sie in dieser Situation? – Sie haben den Leitungs- und Verwaltungsbonus abgeschafft und einen Personalbonus eingeführt. Das ist im Vergleich zu 2022 eine Kürzung der Mittel um 50 %. Sie legen in dieser brenzligen Situation die Axt ans Personal der Kitas. Alles, was Sie hier ankündigen, ist nichts anderes als Wahlkampf. Die Realität sieht anders aus. Da haben Sie versagt.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Die arme AWO in München, wenn Sie da Vorsitzender sind und die Fakten nicht kennen! Das ist nicht sehr zuträglich.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Sie kennen die Fakten nicht!)

Was den Leitungs- und Verwaltungsbonus betrifft, wurde vom Begriff her ein Personalbonus eingeführt.

(Florian von Brunn (SPD): Minus 50 %!)

– Was Sie hier behaupten, ist überhaupt nicht wahr. Wir haben im Gegenteil bei den Assistenzkräften sogar draufgelegt. Damit es für Sie und für die Abrechnung der AWO als Träger richtig klappt und Sie Ihr Personal gewinnen und einsetzen können, bekommen Sie von mir ein Faktenblatt. Darin sehen Sie ganz genau, was zu beantragen ist. Wir können auch einen Kursus im KiBiG.web anbieten, damit Sie genau sehen, wie man es beantragt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Zu einer weiteren Zwischenbemerkung erteile ich Frau Kollegin Julika Sandt, FDP-Fraktion, das Wort.

Julika Sandt (FDP): Erstens: Sie sagen, die Ganztagsangebote gebe es nach Bedarf. Wo in Bayern können sich die Eltern noch frei entscheiden, wenn sie überhaupt einen Platz bekommen, ob sie eine Mittags- oder Ganztagsbetreuung wollen? Ich kenne überall in Bayern viele Eltern, aber ich kenne keine Eltern, die sich das frei aussuchen können, wo es nach dem Bedarf geht und nicht nach der Mangelverwaltung vor Ort.

Zweite Frage: Wann veröffentlichen Sie die Förderrichtlinie für den Ganztagsausbau 2023, wie es andere Bundesländern schon getan haben?

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Ich weiß gar nicht, wo ich anfangen soll. Die Förderrichtlinie wird dann veröffentlicht, wenn sie verabschiedet und abgestimmt ist. Aber wir haben ein Ganztagsversprechen abgegeben und werden jeden zusätzlichen Platz, der im Ganztagsbereich ausgebaut ist, neben den Bundes-

mitteln mit Landesmitteln fördern. Zu diesem Versprechen stehen wir ganz klar. – Was war Ihre erste Frage?

(Zuruf der Abgeordneten Julika Sandt (FDP))

– Frau Sandt, jetzt müssen wir von ganz unten und ganz vorne anfangen. Kinderbetreuung ist kommunale Pflichtaufgabe. Die Kommunen sind dafür zuständig, dass die Kinderbetreuung klappt. Wir stehen fest an ihrer Seite. Die Kommunen ermitteln nach dem Bedarf und den Wünschen ihrer Familien und Eltern, was sie vor Ort denn gerne möchten. In München haben wir sehr viel mehr Horte. In anderen Regionen ist die Mittagsbetreuung das bevorzugte Mittel. Wenn ich wieder andere Orte anschaue, beispielsweise Erding, dort ist der offene und gebundene Ganztag wahnsinnig nachgefragt. Wir orientieren uns also nicht daran, was Sie sich vorstellen, sondern daran, was die Eltern wünschen und was für die Familien gut ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt. Wir kommen zunächst zu dem Dringlichkeitsantrag, über den mit einfacher Abstimmung abzustimmen ist.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/30351 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP sowie der fraktionslose Abgeordnete Busch. Gegenstimmen bitte ich ebenso anzuzeigen. – Das sind die CSU-Fraktion, die FREIEN WÄHLER, die AfD-Fraktion sowie die fraktionslosen Abgeordneten Bayerbach, Plenk, Swoboda, Klingen und Rieger. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Dann kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/30349. Nehmen Sie bitte hierzu Ihre Abstimmgeräte. Die Abstimmung dauert drei Minuten. – Die Abstimmungszeit beginnt jetzt.

(Namentliche Abstimmung von 12:40 bis 12:43 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, hatten alle Abgeordneten Gelegenheit, ihre Stimme abzugeben? – Gibt es noch jemand, der seine Stimme abgeben will? – Das ist augenscheinlich nicht der Fall. Dann ist hiermit die Abstimmung geschlossen.

Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung über die vorher unter Ziffer 2 aufgerufenen Dringlichkeitsanträge.

Wir kommen zuerst zum Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/30348, über den einfach abgestimmt wird.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/30348 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die AfD-Fraktion sowie der fraktionslose Abgeordnete Bayerbach und der fraktionslose Abgeordnete Swoboda sowie der fraktionslose Abgeordnete Müller. Gegenstimmen bitte ich ebenso anzuzeigen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP und die fraktionslosen Abgeordneten Klingen, Plenk, Sauter, Rieger und Busch. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Dann ist dieser Dringlichkeitsantrag hiermit abgelehnt.

Bis zur nächsten namentlichen Abstimmung müssen wir noch ein paar Sekunden warten.

Ich möchte die Zeit nutzen, um mich recht herzlich für die gute Zusammenarbeit in den letzten fünf Jahren zu bedanken. Danke, dass Sie mir das Leben nicht viel schwerer gemacht haben als die sprichwörtliche neunte Klasse. Danke auch für die Nachsicht, wenn hier irgendetwas nicht funktioniert hat. Danke auch für die gelegentliche Einsicht in sitzungsleitende Maßnahmen.

Allen, die nicht mehr antreten, wünsche ich ganz viel schöne Zeit für all die Dinge, die auch wichtig sind. Allen anderen wünsche ich, dass wir uns hier wiedersehen und uns in der nächsten Periode mit viel Respekt gegenübertreten können. Herzlichen Dank!

(Allgemeiner Beifall)

Zeitlich war das eine Punktlandung. Wir können zur nächsten namentlichen Abstimmung kommen.

Es geht um den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER und der CSU-Fraktion auf Drucksache 18/30366. Die Abstimmungszeit beträgt nun zwei Minuten. – Die Abstimmung ist hiermit eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 12:46 bis 12:48 Uhr)

Werte Kolleginnen und Kollegen, wenn noch jemand im Sitzungssaal ist, der oder die noch nicht die Gelegenheit hatte, die Stimme abzugeben, dann möge er oder sie sich bitte melden. – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann ist die Abstimmung hiermit geschlossen. Das Ergebnis wird später bekannt gegeben.

(...)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Weiter gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Mehr Geld für gute Kitas und gute Ganztagsbetreuung" auf Drucksache 18/30349 bekannt: Mit Ja haben 60 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 105 Abgeordnete gestimmt. Bei einer Stimmenthaltung ist dieser Dringlichkeitsantrag damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 20.07.2023 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Margit Wild u. a. und Fraktion SPD, Mehr Geld für gute Kitas und gute Ganztagsbetreuung (Drucksache 18/30349)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Atzinger Oskar		X	
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried			
Bayerbach Markus		X	
Becher Johannes	X		
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin		X	
Bozoglu Cemal	X		
Brandl Alfons		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian	X		
Dr. **Büchler** Markus			
Busch Michael	X		
Celina Kerstin	X		
Dr. **Cyron** Anne		X	
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren			
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert			X
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard		X	
Eibl Manfred			
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. **Faltermeier** Hubert		X	
Fehlner Martina	X		
Fischbach Matthias	X		
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian			
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert			
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin	X		
Prof. Dr. **Hahn** Ingo			
Halbleib Volkmar	X		
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina	X		
Hayn Elmar	X		
Henkel Uli		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold		X	
Dr. **Heubisch** Wolfgang			
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Martin			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas			
Dr. **Kaltenhauser** Helmut	X		
Kaniber Michaela			
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian			
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan		X	
Dr. **Loibl** Petra		X	
Lorenz Andreas		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd			
Markwort Helmut	X		
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. **Müller** Ralph		X	
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael		X	
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef	X		
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Riedl Robert		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. **Runge** Martin	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef			
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna	X		
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela			
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich			
Skutella Christoph	X		
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Dr. **Spitzer** Dominik			
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian			
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans	X		
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. **Weigand** Sabine	X		
Weigert Roland			
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winhart Andreas		X	
Winter Georg			
Zellmeier Josef			
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	60	105	1